



Christian Niehoff, geschäftsführender Gesellschafter BOHNZIRLEWAGEN, im Austausch mit Bundesforschungsministerin Dorothee Bär beim Tag der Industrie 2026 auf dem EUREF-Campus Berlin | BERLINboxx

Tag der Industrie 2026: Stresstest für den Standort Deutschland

24. Juni 2026

Beim Tag der Industrie 2026 auf dem EUREF-Campus verdichtete sich die Standortdebatte zu einer Grundsatzfrage: Wie gewinnt Deutschland in einer fragmentierten Welt wieder Tempo, industrielle Stärke und strategische Souveränität?

Deutschland hat kein Potenzialproblem. Diese Botschaft zog sich durch den Tag der Industrie 2026 wie ein roter Faden. Auf dem [EUREF-Campus](#) trafen sich Spitzen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verbänden, um über Wettbewerbsfähigkeit, Energie, Sicherheit, Technologie und die Zukunft des Industriestandorts zu diskutieren. Doch hinter den bekannten Schlagworten lag eine tiefere Frage: Wie kommt ein Land wieder ins

Handeln, das seine Stärken kennt, aber bei Umsetzung, Tempo und Verlässlichkeit an Grenzen stößt?

BDI-Präsident **Peter Leibinger** setzte zu Beginn den Ton. Die industrielle Basis sei weiter stark, der Mittelstand exzellent geführt, die deutsche Fähigkeit zur Integration komplexer Systeme international herausragend. Zugleich warnte er vor Lähmung, Investitionszurückhaltung und dem Verlust industrieller Wertschöpfung. Reformpolitik brauche mehr als Einzelmaßnahmen. „Stückwerk ist keine Strategie“ – dieser Gedanke wurde zum Subtext des Tages.



Bundeskanzler Friedrich Merz beim Tag der Industrie 2026 | BERLINboxx

Energie wird zur Systemfrage

Besonders deutlich wurde der neue Realismus in der Rede von Bundeswirtschaftsministerin **Katherina Reiche**. Sie rückte Energiepolitik ins Zentrum der Standortfrage. „Ohne sichere, bezahlbare und planbare Energie gibt es keine industrielle Zukunft“, so Reiche. Der Satz traf den Nerv vieler Unternehmen, die nicht nur unter hohen Kosten leiden, sondern vor allem unter Unsicherheit bei Netzen, Kapazitäten und Genehmigungen.

Reiche argumentierte gegen die verkürzte Vorstellung einer rein elektrischen

Energiewende. Strom deckt nur einen Teil des gesamten Energiebedarfs. Industrieprozesse, Wärmeversorgung, Luftfahrt, Schifffahrt, Mobilität und chemische Rohstoffe brauchen auch künftig Moleküle – also Wasserstoff, synthetische Energieträger, Gase und chemische Grundstoffe. Im Panel fiel dafür eine prägnante Formulierung: Die Energiewende sei mehr als Strom, sie sei auch eine „Molekülwende“.

Damit verschob sich die Debatte. Es ging nicht mehr nur um Windräder, Solaranlagen und Netzausbau, sondern um ein Energiesystem, das Erzeugung, Speicher, steuerbare Kraftwerke, Wasserstoffinfrastruktur, internationale Lieferverträge und industrielle Nachfrage zusammendenkt. Für den Industriestandort entscheidet künftig nicht allein der Strompreis. Entscheidend sind Versorgungssicherheit, Systemstabilität und Planbarkeit.



Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche im Panel zur Energie- und Standortpolitik. Im Mittelpunkt standen Versorgungssicherheit, bezahlbare Energie und die industrielle Transformation | BERLINboxx

Aus Forschung muss Wertschöpfung werden

Bundesforschungsministerin **Dorothee Bär** setzte einen anderen, aber eng verwandten Akzent. Sie sprach über die Hightech-Agenda Deutschland und formulierte eine Botschaft, die über Forschungspolitik hinausreicht: Gute Ideen müssen auch gutes Geld verdienen.

Bär zielte damit auf eine der zentralen Schwächen des Standorts. Deutschland forscht stark, entwickelt Technologien, schafft Patente und wissenschaftliche Exzellenz. Doch zu oft entstehen Geschäftsmodelle, Skalierung und Wertschöpfung anderswo. Genau diese Lücke will die Bundesregierung schließen – mit mehr Transfer, mehr Ausgründungen, mehr Public-Private-Partnerships und einem stärkeren Fokus auf technologische Souveränität.

Besonders in den Feldern künstliche Intelligenz, Robotik, Mikroelektronik, Quanten- und Biotechnologie soll aus Forschungsstärke schneller industrielle Anwendung werden. Bär sprach dabei nicht über eine abstrakte Innovationsagenda. Sie beschrieb den Anspruch, Forschung, Kapital, Unternehmen und industrielle Anwendung enger zu verbinden.



BDI-Präsident Peter Leibinger, BERLINboxx-Verleger Frank Schmeichel und Christian Niehoff, geschäftsführender Gesellschafter von BOHNZIRLEWAGEN, beim Tag der Industrie 2026 | BERLINboxx

Für die Bau- und Immobilienwirtschaft liegt darin eine wichtige Parallele. Auch dort scheitern gute Ideen selten am Konzept. Sie scheitern an Schnittstellen, Genehmigungen, Finanzierung, Regulierung und fehlender Umsetzungsgeschwindigkeit.

Christian Niehoff, geschäftsführender Gesellschafter von [BOHNZIRLEWAGEN](#), sieht in

der Hightech-Agenda der Bundesregierung auch für die Bau- und Immobilienwirtschaft relevante Impulse. Entscheidend sei, digitale Prozesse stärker entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu verankern – von der Planung über die werkseitige Vorfertigung bis zur Umsetzung auf der Baustelle.

„Die Hightech-Agenda der Bundesregierung bietet auch für die Bau- und Immobilienwirtschaft maßgebliche Chancen. Wir müssen Prozesse stärker digitalisieren, den werkseitigen Vorfertigungsgrad erhöhen und Produktivität auf der Baustelle ermöglichen. Ein digitaler Material- und Produktionspass sollte künftig Standard werden“, sagt Niehoff.

Die größere Herausforderung bleibe jedoch das Tempo. Niehoff fordert schnellere Verfahren, weniger Bremsen und mehr Verantwortung für den privaten Sektor. Innovationen müssten schneller in marktfähige Produkte und praktikable Geschäftsmodelle überführt werden. Gerade im Gebäudebereich brauche es dafür mehr Mut zu unkomplizierteren Finanzierungsmodellen.

„Die digitale Transformation ist in der Branche längst auf der Agenda. Aber der Transfer von Innovationen in marktfähige Anwendungen dauert noch zu lange – häufig auch wegen komplexer Finanzierungsvoraussetzungen. Hier brauchen wir mehr Geschwindigkeit, klare Verantwortlichkeiten und einfachere Modelle“, so Niehoff.

Sicherheit wird zum Wirtschaftsfaktor

Auch Verteidigungsminister **Boris Pistorius** führte die Standortdebatte aus ihrer klassischen Logik heraus. Sicherheit, industrielle Leistungsfähigkeit und wirtschaftliche Resilienz gehören für ihn zusammen. Eine verteidigungsfähige Demokratie braucht neben Streitkräften auch belastbare Lieferketten, leistungsfähige Infrastruktur, kritische Rohstoffe, Technologiekompetenz und Produktionskapazitäten.



Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius spricht beim Tag der Industrie 2026 über Sicherheit, industrielle Resilienz und die Rolle der Wirtschaft für Deutschlands Verteidigungsfähigkeit | BERLINboxx

Pistorius machte deutlich, dass wirtschaftliche Stärke nicht Beiwerk der Sicherheitspolitik ist, sondern ihr Fundament. Die Bundesregierung investiert massiv in Verteidigung, Beschaffung und Infrastruktur. Für Industrie, Mittelstand und Start-ups entstehen dadurch neue Anforderungen, aber auch neue Märkte, insbesondere bei Dual-Use-Technologien.

Im anschließenden Panel zeigte sich, wie konkret Resilienz inzwischen gedacht wird. Es ging um Stahl, Medikamente, Zertifizierungsprozesse, kritische Infrastruktur, Cyberangriffe und die Frage, wie schnell Unternehmen im Ernstfall liefern können. Resilienz ist kein abstrakter Krisenbegriff mehr. Sie entscheidet über Produktionsfähigkeit, Versorgungssicherheit und staatliche Handlungsfähigkeit.

Außenpolitik als Standortpolitik

Außenminister **Johann Wadepful** rückte schließlich die geoökonomische Dimension in den Mittelpunkt. In einer Welt, in der Handelswege, Rohstoffe, Zölle, Lieferketten und technologische Zugänge jederzeit politisch unter Druck geraten können, wird Außenpolitik unmittelbar zur Wirtschaftspolitik.



Außenpolitik als Standortpolitik: Beim Wadephul-Panel ging es um globale Partnerschaften, Handelsbeziehungen, Lieferketten und Europas geoökonomische Handlungsfähigkeit | BERLINboxx

Moderne Handelsabkommen, neue Partnerschaften und ein stärkeres europäisches Auftreten sollen Deutschlands Industrie mehr Spielraum verschaffen. Zugleich warnte die Industrie vor neuen Abhängigkeiten. China bleibt für viele Unternehmen ein unverzichtbarer Markt, gleichzeitig wächst dort der Wettbewerbsdruck. Die Antwort lautet nicht Rückzug, sondern eigene Stärke: technologisch, industriell und europäisch.

Der europäische Binnenmarkt erschien in mehreren Diskussionen als vielleicht wichtigster Resilienzfaktor. Europa hat Marktgröße, Industrie, Forschung, Kapital und politische Gestaltungskraft. Doch es nutzt diese Stärke bisher zu selten geschlossen.

Wohlstand braucht wieder Richtung

Bundeskanzler **Friedrich Merz** verband die einzelnen Linien des Tages zu einem politischen Leitbild. Wirtschaftspolitik, Sicherheitspolitik, Kapitalmarkt, Technologie und Außenhandel lassen sich nicht mehr trennen. Deutschland müsse besser darin werden, Forschung, Entwicklung und industrielle Fertigung in neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten zu übersetzen.

Sein generationenpolitischer Begriff lautete „Wohlstand für die Jugend“. Nach Ludwig Erhards „Wohlstand für alle“ brauche die Bundesrepublik ein neues Versprechen an die nächste Generation: Frieden, Freiheit, Wohlstand und soziale Stabilität auch in den kommenden Jahrzehnten zu sichern.

Der Tag der Industrie 2026 war damit weniger ein klassisches Branchenforum als ein Stresstest für den Standort. Die Probleme sind benannt, die Potenziale ebenso. Entscheidend wird nun, ob aus Einsicht konkrete Entscheidungen folgen, und ob es gelingt, Tempo, Verlässlichkeit und Umsetzungskraft tatsächlich in den Alltag von Politik und Wirtschaft zu übersetzen. (eg)



„Stärke. Sicherheit. Zukunft.“ – das Leitmotiv des Tags der Industrie 2026 brachte auf den Punkt, worum es auf dem EUREF-Campus ging: Europas industrielle Rolle in einer geopolitisch unsicheren Welt | BERLINboxx